

9. Zuschlag auf die Netznutzung zur Förderung der erneuerbaren Energien

Parlamentarische Initiative David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich) vom 28. Juni 2021

KR-Nr. 258/2021

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Gerne gebe ich zuerst meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin Vizepräsident von Swiss Solar und arbeite für einen der wichtigsten Grosshändler für Fotovoltaik-Produkte in der Schweiz. Der Krieg in der Ukraine und die dadurch stark gestiegenen Energiepreise zeigen, wie wichtig die Unabhängigkeit im Energiebereich ist. Mit der «Energiestrategie 2050 plus» des Bundes sind wir auf dem richtigen Weg, weil wir die Energie effizienter nutzen werden und vermehrt Strom einsetzen. So soll der Energieverbrauch bis 2050 um über 30 Prozent gesenkt werden. Der Stromverbrauch hingegen steigt um 11 Prozent. Mit der Energiestrategie wird in Zukunft fast ausschliesslich Strom aus Wasserkraft und neuen erneuerbaren Energien erzeugt. Das Tempo des Zubaus muss aber deutlich gesteigert werden. Aktuell oder im letzten Jahr wurden circa 650 bis 700 Megawatt Fotovoltaik-Leistung zugebaut. Diese Menge ist viel zu klein. Sie muss verdoppelt oder verdreifacht werden, damit wir die Energieerzeugung rechtzeitig schaffen können.

Der Bund fokussiert aktuell auf die Förderung von Anlagen mit Eigenverbrauch. Das heisst aber, dass grosse Anlagen ohne Eigenverbrauch bisher nicht wirtschaftlich realisiert werden können, da die Einspeisetarife speziell auch der EKZ (*Elektizitätswerke des Kantons Zürich*) dazu zu tief sind. Aber genau diese Anlagen sind für die Zukunft eminent wichtig, denn sie sind volkswirtschaftlich zentral und sie können kostengünstig realisiert werden.

Der Kanton Zürich gehört nach wie vor zu den Schlusslichtern beim Zubau von erneuerbaren Energien. Besten Dank, dass Sie vorher die PI 255/2021 vorläufig überwiesen haben, denn damit werden wir hoffentlich den Kanton Zürich vom drittletzten Rang beim Zubau holen. Eine Förderung für die Produktion von erneuerbaren Energien ist im Kanton Zürich bisher nicht vorgesehen. Lassen Sie uns diesen Schritt machen. Mit dieser PI sollen die Mittel für die Förderung geöffnet werden. Mit diesem Netzzuschlag können wir diese Gelder zusammenbringen. Dies machen der Bund und andere Kantone, wie beispielsweise der Kanton Basel-Stadt, heute schon vor. Mit dem Vorschlag können bis zu 125 Millionen Franken zur Förderung erneuerbarer Energien generiert werden, und dies verursachergerecht, da diese Abgabe verbrauchsabhängig ist. Und Mieter sind deshalb deutlich weniger belastet, da sie häufig viel weniger Strom verbrauchen als Eigenheimbesitzer. Ich danke Ihnen, wenn Sie diese PI vorläufig unterstützen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Gleich im Voraus, die SVP lehnt die PI ab, dies aus folgenden Gründen: Mit diesem geforderte Zuschlag, der maximal 2,3

Rappen pro Kilowatt ist, würde sich der Strompreis für uns alle, also jeden Haushalt, das Gewerbe und allgemein die Wirtschaft, massiv erhöhen. Je nach gültigem Tarif spricht man hier von einer Teuerung von 10 bis 15 Prozent. Das ist speziell in dieser Zeit sicher nicht auch noch förderlich, wenn eine allgemeine Teuerung durch die hohen Energiepreise droht. Dies belastet uns alle zusätzlich. Ich habe dies einmal kurz ausgerechnet: Bei circa 120 Millionen Franken, die jährlich eingezogen würden, wäre jede gebaute PV-Anlage – im Schnitt werden 6'000 neue Anlagen realisiert – mit knapp 20'000 Franken subventioniert. Das ist doch eher unverhältnismässig. Auch bin ich nach wie vor der Meinung, dass die Nachfrage den Markt regeln sollen. Wenn nur schon alle Grünen ausschliesslich grünen Strom nachfragen und beziehen würden, kämen wir unserem gemeinsamen Ziel, die Welt ein Stück besser zu machen, näher. Danke.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Bei diesem Traktandum ist die Harmonie in der Klimaallianz leider ein bisschen am Ende, die SP-Fraktion wird diese PI nicht unterstützen. Weshalb? Für die SP-Fraktion ist der massive Ausbau der erneuerbaren Energien zentral. Neben dem Willen auszubauen, wie wir das auch mit dem anderen Vorstoss heute Nachmittag (*KR-Nr. 255/2021*) schon ein wenig vorangetrieben haben, geht es dabei eben zentral auch um die Frage der Finanzierung. Es geht um die Frage, wer bezahlt. Hier gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Für die SP-Fraktion ist aber klar, dass es nicht über die Mieterinnen und Mieter, nicht über deren Stromrechnung laufen darf. Während Besitzerinnen und Besitzer von Immobilien mit einer eigenen Anlage diesen Netzzuschlag umgehen können, sind es die Mieterinnen und Mieter, die über die Nebenkosten den Ausbau der Fotovoltaik finanzieren sollen. Für Menschen mit kleinem Portemonnaie machen diese Nebenkosten doch einen relevanten Budgetposten im monatlichen Budget aus. Es sind sie, die unter einem solchen Zuschlag leiden könnten. Es sind auch sie, welche aufgrund des Strombedarfs überproportional viel des monatlichen Budgets für den Strom ausgeben. Es ist keine faire Finanzierung.

Aber auch losgelöst von jenen mit finanziell kleinem Portemonnaie, jenen mit finanziellen Schwierigkeiten finden wir, als SP-Fraktion, dies den falschen Ansatz. Die Klimakrise ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, die Lösung muss deshalb ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche sein. Der Ausbau der Erneuerbaren darf es uns wert sein, dafür gesamtgesellschaftliche Mittel in die Hand zu nehmen, die Gewinne der EKZ, die seit Jahren sehr hoch sind, oder allenfalls auch zusätzliche Steuermittel. Ein Netzzuschlag auf Kosten der Mieterinnen und Mieter in diesem Kanton ist definitiv der falsche Weg. Die SP wird die PI deshalb nicht unterstützen.

Alex Gantner (FDP, Maur): Auch die FDP-Fraktion wird diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen, und ich glaube, wir müssen eine Auslegung machen, wo wir nun stehen. Wir sind nämlich jetzt wirklich am Anfang oder eigentlich schon in der Mitte dieses Teufelskreises aus zusätzlicher neuer Regulierung und dann eben wieder der Frage, wie alles finanziert wird. Und hier soll offensichtlich der Staat, der mehr reguliert – das wurde auch sanktioniert

durch den Souverän hier im Kanton Zürich mit der Teilrevision des Energiegesetzes –, der Staat soll bei einem Teil dieser neuen Regulierung, vor allem beim Fotovoltaik-Zwang, der neu vor allem für die Neubauten gilt, für die Finanzierung sorgen. Es soll ein neuer Zuschlag erhoben werden. Das ist nichts anderes als eine neue Abgabe, eine neue Steuer durch den Regierungsrat. Da stellen sich sowieso auch ganz andere Fragen, wie zum Beispiel kompetenzrechtliche Fragen. Hält hier überhaupt die Verfassung, dass der Regierungsrat eine solche neue Steuer oder einen solchen neuen Zuschlag erheben kann? Die Förderung der Produktion von erneuerbaren Energie, das soll der Verwendungszweck sein. Die Bemessungsgrundlage ist zwar klar definiert, aber es sind ja vor allem dann auch die Elektrizitätsunternehmen, die die Rechnungen an ihre Kunden verschicken. Wo im Kanton Zürich? Da wird wohl das Territorialprinzip gelten, da gibt es sicher auch Abgrenzungsfragen, vor allem für die Grossverbraucher, die mit der ganzen Marktöffnung in einem offenen Wettbewerb sind. Da ist vielleicht gar nicht eruierbar, wer wirklich der Energielieferant ist. Es wird also auch sehr viel Disclosure brauchen, um überhaupt an diese Ersatzzuschläge heranzukommen. Dann muss das alles verwaltet werden. Der Staat wächst hier in aller Deutlichkeit, und dies, weil mehr Regulierung da ist. Wir vertrauen darauf, dass diese neue Regulierung durch die Personen gestemmt werden kann, die heute und in Zukunft investieren. Daher braucht es das aus unserer Sicht überhaupt nicht, dass der Staat hier nochmals aktiv wird und eine neue Steuer einführt. Besten Dank.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Keine Frage, die Mitte ist von der Notwendigkeit der Förderung erneuerbarer und natürlich auch einheimischer Energien überzeugt. Und seit dem 24. Februar (*Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine*) sind wohl noch einige mehr überzeugt, ganz unabhängig von der Klimadiskussion. Darum haben wir von der Mitte jetzt auch die PI 255/2021 betreffend EKZ-Gesetz mit Überzeugung mitgetragen. Die vorliegende PI allerdings, die eine Verbindung dieser Förderung erneuerbarer Energien mit den Netzkosten macht, einen Netzkostenzuschlag in den Händen der Regierung erachten wir allerdings nicht als zielführend. Lassen wir doch jetzt einfach die Elektrizitätswerke zielgerichtet arbeiten, wie wir das vorhin so unterstützt haben. Die Mitte unterstützt deswegen die jetzige PI nicht.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Nachdem wahrscheinlich viele von Ihnen faktenresistent sind, versuche ich jetzt mehr auf der emotionalen Schiene, Sie zu überzeugen. Denn es gibt Dinge im Leben, die durch persönlich erlebte Geschichten plötzlich in einem neuen Licht erscheinen, auch scheinbar weniger aufregende. Jedenfalls ergeht es mir so mit diesem Vorstoss, der unter anderem eine sicherere und vom Ausland unabhängigere Stromversorgung zum Ziel hat. Denn als frischgebackener Grossvater, stolzer Grossvater meiner ersten Enkelin Éline Valence sehe ich noch klarer vor mir, an wen wir bei unseren politischen Entscheidungen denken müssen. Es liegt in unseren Händen, konkrete Massnahmen für unsere eigene Stromversorgungssicherheit zu beschliessen. Wir sind es, die eine

enkeltaugliche Politik in die Wege leiten können. Mehr selber haben, weniger angewiesen sein, diese Rechnung wird Éline Valence schon lange vor ihrem Schuleintritt verstehen. Und wir Erwachsene begreifen bestimmt, dass der Kanton Zürich weniger auf Stromimporte angewiesen ist, wenn wir mehr eigene erneuerbare Energien haben. Diese Milchbüchlein-Rechnung ist wichtig, denn bekanntlich ist ein Stromabkommen mit der EU für die Sicherstellung unseres Importbedarfs vor allem im Winter in weite Ferne gerückt. Die Dringlichkeit der Eigenerzeugung von erneuerbarer Energie hat sich also nochmals erhöht.

Die Auslandabhängigkeit hat ihren Preis. Diese Binsenweisheit veranschaulichen aktuell die erschreckend hohen Zahlen an den Zapfsäulen der Tankstellen. Aber ebenso belegen diese Zahlen, dass Unabhängigkeit nicht gratis zu haben ist. Aber immerhin können wir selber über den Grad der Abhängigkeit entscheiden. Und wie? Indem wir mit unseren Investitionen primär auf einen inländischen Ausbau der Energieerzeugung setzen.

Genau diesen Ansatz verfolgt diese PI. Zudem bietet sie Skeptikern genügend Spielraum, um die Prozentsätze für einen Netzzuschlag allgemeinverträglich auszugestalten. Ein Zuschlag würde massive Beträge für den Fotovoltaik-Ausbau generieren. Und ja, es stimmt, das könnte einen Haushalt belasten mit bis zu vielleicht 100 Franken im Jahr. Das wäre zum Beispiel mit dem Verzicht auf einen Familienbesuch im Alpamare (*Erlebnisbad*) kompensiert. In der Ausgestaltung eines kantonalzürcherischen Netzzuschlags hat der Regierungsrat zudem die Möglichkeit, für KMU und Industrie gesonderte Regelungen zu erstellen, die keine übermässigen Belastungen des Betriebsaufwandes für den Energiebezug bewirken. Auf Bundesebene gibt es dafür bereits Beispiele.

Die EVP will eine Energiepolitik, die unseren Enkelinnen und Enkeln und auch deren Kindern eine hoffnungsvolle Zukunft sichern. Nicht nur, aber auch darum wird die EVP diese PI unterstützen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 258/2021 stimmen 53 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.